

- FREIE WÄHLER NOK - FREIE WÄHLER NOK - FREIE WÄHLER NOK - FREIE WÄHLER NOK -  
**KREISTAGSFRAKTION**

---

**Sitzung des Kreistages des Neckar-Odenwald-Kreises**

**am 25. Juli 2022 in Mudau**

**Stellungnahme der Fraktion der Freien Wähler**

**durch Thomas Ludwig**

**zu TOP 1**

**Haushaltszwischenbericht 2022**

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

bereits vor Jahresfrist glaubten wir, vor einem schier gar unüberwindbaren Berg an gesellschaftlichen und finanziellen Herausforderungen zu stehen. Aus heutiger Sicht erscheint es uns aber so, als sei das damals nur der Katzenbuckel gewesen, während heute das Matterhorn auf uns wartet. Damals lautete unsere Hoffnung: *"Jetzt noch einen Winter Corona, dann sind wir alle geimpft und es kehrt wieder halbwegs Normalität ein"*. Doch wir haben uns leider schwer getäuscht!

Jedenfalls hat Corona von seiner Schlagzeilentauglichkeit stark eingebüßt, was aber nichts damit zu tun hat, dass die Pandemie vorbei wäre. Vielmehr hat sich in der Zwischenzeit mit dem russischen Angriffskrieg etwas viel Schlimmeres ereignet. Etwas, das die Existenz der westlichen Demokratien einschließlich unseres Wohlstandes in einer Tragweite bedroht, wie wir sie seit dem Ende des Kalten Kriegs vor gut drei Jahrzehnten, vielleicht aber auch schon seit 1945, nicht mehr erlebt haben.

Dabei ist der Einsatz von Waffen auf europäischem Boden das Eine, aber die Sicherung der Versorgung unseres Landes mit Energie und vielen weiteren existentiell notwendigen Gütern das Andere. Die Willkür autoritärer Staatsführer, aber auch die Anfälligkeit der Lieferketten aus anderen Gründen, lassen grüßen. Wir erkennen unsere Abhängigkeiten und versuchen umzusteuern. Wieder mehr Energieerzeugung im eigenen Land, natürlich bevorzugt auf erneuerbare Art und Weise (= die sog. Dekarbonisierung), aber auch das Zurückholen der Produktion von wichtigen Industrie- und Konsumgütern (= die sog. Deglobalisierung) stehen jetzt noch zusätzlich zu den bereits hinlänglich bekannten Zukunftsaufgaben auf der Agenda. Die hieraus resultierende Flächenkonkurrenz ist unübersehbar und wird in der Landes- und Regionalplanung gegenüber der seitherigen Bedürfnispyramide zwangsweise zu deutlichen Veränderungen führen müssen.

Kein Wunder also, dass die kommunale Familie besonders stark von diesen Entwicklungen betroffen ist, denn alles, was in unserem Land passiert, spielt sich ja bekanntlich auf dem Gebiet einer Kommune, resp. eines Kreises, ab.

Genau fünf Monate liegt der Beginn des russischen Angriffskrieges inzwischen zurück und deswegen kommt dieser Haushaltszwischenbericht genau zur richtigen Zeit. Die Sorge, dass die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen irgendwann einbrechen werden, treibt uns ja schon seit Beginn der Corona-Krise um, doch sie wollen und wollen sich ganz einfach nicht in Richtung nach unten entwickeln. Konkret meldete z.B. das Handelsblatt am letzten Donnerstag, dass Bund und Länder im Juni im Vergleich zum Vorjahr 26,3 % mehr Steuern eingenommen haben. Damit wuchs das Steueraufkommen in den ersten sechs Monaten des Jahres um 17,5 % auf knapp 408 Mrd. €. Als Ursachen gelten insbesondere der robuste Arbeitsmarkt und höhere Einnahmen aus der Umsatzsteuer.

Also alles in Butter? Nein, natürlich nicht, denn das Wachstum bei der Umsatzsteuer ist ja nichts anderes als ein Ausfluss der Rekordinflation, mit welcher wir zurzeit zu kämpfen haben und diese Inflation wird das Mehr an Steuereinnahmen auch im Kreishaushalt sehr schnell wieder auffressen. Deshalb müssen wir also vorsichtig bleiben und weiterhin sparsam Haushalten, zumal künftige Schulden wieder mit einer deutlich höheren Zinsbelastung einhergehen würden.

Hilfreich ist sicherlich, dass der Kreis das Jahr 2021 mit einer stattlichen Zuführung an die Ergebnisrücklage i.H.v. über 10,5 Mio. € abschließen wird. Dieses Geld werden wir noch sehr gut gebrauchen können –man betrachte sich nur die aktuelle Kostenentwicklung beim Neubau des GTO. Jedenfalls schleppen wir keine Altlasten aus den Vorjahren mit uns mehr herum – und das ist gut so.

Aber auch für 2022 wurde uns von Kreiskämmerer Michael Schork eine verhalten zuversichtliche Prognose vorgestellt. Hier wirkt sich vor allem die unverändert stabile Entwicklung im Kommunalen Finanzausgleich aus, u.a. mit einem Rekordkopfbetrag bei den Schlüsselzuweisungen i.H.v. 800 €.

Aber auch viele AutofahrerInnen sind offensichtlich „gerne“ dazu bereit, einen Beitrag zur Stabilisierung des Kreishaushalts zu tragen, wie man an der Entwicklung der Einnahmen aus Bußgeldern erkennen kann. Die erwartbare Seitwärtsbewegung zeichnet sich hingegen bei den Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer ab, nachdem die Verdreifachung der Kapitalmarktzinsen, die drastische Teuerungsrate, aber auch neue kosten-treibende Standards vielen Familien den Traum vom Eigenheim vereitelt haben.

Doch Bußgelder und Grunderwerbsteuer sind für das Wohl und Wehe des Kreishaushalts letzten Endes nicht die entscheidenden Faktoren bzw. Risiken. Da müssen andere Bereiche genannt werden wie z.B. die Neckar-Odenwald-Kliniken, wo es im Moment aber aus finanzieller Sicht recht ordentlich läuft, das Gesundheitswesen insgesamt und vor allem der Teilhaushalt 5 Jugend und Soziales. In diesen drei Sektoren kommt es nämlich nicht nur auf Fallzahlen u.ä. an, sondern vor allem darauf, wie uns der Bund und das Land finanziell ausstatten. Es ist ja nichts Neues, dass dieser Verschiebebahnhof immer wieder dazu genutzt wird, um „oben“, also auf Bundes- und Landesebene, kostspielige Vorhaben zu beschließen, die „unten“, also von der kommunalen Familie, bezahlt werden müssen. Das jüngste Beispiel hierzu ist der Rechtskreiswechsel der ukrainischen Flüchtlinge aus dem Asylbewerberleistungsrecht in die Sozialgesetzbücher II und XII. In einer Nacht- und Nebelaktion einigten sich die Unterhändler von Bund und Ländern am 07.04.2022 auf diese Vorgehensweise, welcher dann im förmlichen Gesetzgebungsverfahren sowohl der Bundestag, als auch der Bundesrat nicht mehr entscheidend widersprechen wollten. Während der Bund aber beim Asylrecht für 100 % der Kosten aufkommt, fällt diese Bilanz beim Sozialgesetzbuch deutlich schlechter aus: u.a. werden dort vom Bund nur 71,5 % der Kosten der Unterkunft getragen, der Verwaltungsaufwand bleibt auch komplett an uns hängen und die Leistungen nach SGB XII müssen von den Kreisen sogar zu 100 % verkraftet werden. Zwar wurden zur Beruhigung der Gemüter pauschal 2 Mrd. € zur Unterstützung der Kommunen bei den Kosten der Unterkunft, im Bereich der Lebenshaltungskosten und der übrigen Kosten bereitgestellt, aber 1.) kann niemand garantieren, dass dieses Geld auskömmlich sein wird und 2.) war nicht klar, ob die Länder diese Mittel 1:1 an die Kommunen weitergeben würden. Mit anderen Worten: hier haben wir es wieder einmal ganz eindeutig mit einem Vertrag zu Lasten Dritter, nämlich der Kommunen, zu tun. Im Privatrecht ist so etwas verboten, aber für sich selbst sieht unser Staat darin kein Problem. Zumindest in Baden-Württemberg wurde nun aber auf Druck der Kommunalen Landesverbände zugesagt, dass die gesamten Bundesmittel für das Land im Kontext des Rechtskreiswechsels der Ukraine-Geflüchteten in Höhe von 260 Mio. € in diesem Jahr an die Kommunen fließen. Ich vermag aber nicht zu glauben, dass ein schlechtes Gewissen die Landesmütter und –väter hierzu bewogen hat und ob dieser Betrag ausreichend wird, darf auch hinreichend bezweifelt werden.

Jedenfalls stellt die Entwicklung der Soziallasten neben der Inflation weiterhin das größte Risiko für den Kreishaushalt dar und daran ändert auch die Tatsache nichts, dass die Entwicklung bei der Eingliederungshilfe/ Bundesteilhabegesetz, im Moment noch moderat zu verlaufen scheint. Es bleibt deshalb eine Daueraufgabe, den Bund und das Land bei all ihren politischen Vorhaben stets an ihre Verantwortung für das finanzielle Wohl und Wehe von Kreisen, Städten und Gemeinden zu erinnern, denn wenn die kommunale Familie als Motor des Fortschritts ausfällt, nützt auch die innovativste Gesetzgebung nichts. Ohne starke Kommunen wird unser Land die Herausforderungen der Zukunft nicht meistern können.

Für den Augenblick können wir mit unseren Zahlen jedoch noch zufrieden sein und daher danken wir an dieser Stelle Herrn Kreiskämmerer Schork und seinem ganzen Team wieder recht herzlich für ihre engagierte Arbeit.